

INHALTSVERZEICHNIS

Einführung	17
1. Teil: Dopingdefinition und Anti-Doping-Bestimmungen der Sportverbände	20
A. Begriffsbestimmung	21
B. Dopingverbot	23
C. Dopingkontrollen	23
D. Verbandsrechtliche Sanktionen und ihre Durchsetzbarkeit	24
E. Bedeutung der verbandsrechtlichen Definition für das Strafrecht	27
2. Teil: Der strafrechtliche Schutz des Sportlers vor Körperschäden durch Doping nach geltendem Recht	29
1. Abschnitt: Die Elemente der Grundtatbestände von Körperverletzungs- (§§223,230 StGB) und Tötungsdelikten (§§212,222 StGB)	29
A. Tatbestandsmäßiger Erfolg	29
I. Körperverletzung	29
1. Die Tatmodalitäten	29
a) Gesundheitsbeschädigung	29
b) Körperliche Mißhandlung	31
2. Einzelne Dopingmittelwirkungen als Körperverletzung	33
a) Organerkrankungen und andere eindeutige Krankheitsbilder	33
b) Herz-Kreislauf-Störungen	33
c) Physische Erschöpfung	34
d) Schlafstörungen	34
e) Durch Rauschzustände hervorgerufene physische Störungen	35
f) Psychische Reaktionen	36
g) Sucht	38
h) Virilismus, äußere Veränderungen	38
i) Störung geschlechtsspezifischer Funktionen	40

j)	Schädigung der Leibesfrucht	40
aa)	Körperverletzung der Mutter	40
bb)	Körperverletzung des Kindes	41
k)	Folgen des Injizierens bzw. der Transfusion beim Blutdoping	44
l)	Sonstige Beeinträchtigungen	44
3.	Ärztliche Maßnahmen als tatbestandsloser "Heileingriff"?	45
a)	Doping	45
b)	Substitution	46
c)	Ergebnis	47
4.	Beweisschwierigkeiten schon hinsichtlich des Brfolgseintritts	48
5.	Zusammenfassung	48
ILTod		49
B. Kausalität		50
I. Äquivalenztheorie		50
H. Lehre von der gesetzmäßigen Bedingung		51
1.	Beweisbarkeit der generellen Kausalität	51
a)	Verbindlichkeit allgemein anerkannter Kausalgesetze	52
b)	Verfahrensweise bei umstrittenen Kausalgesetzen	52
aa)	Die unbeschränkte Anwendung des § 261 StPO	52
(1)	Die Rechtsprechung	52
(2)	Die Begründung Kuhlens	53
bb)	Die Gegenansicht: "in dubio pro reo"	54
(1)	Die Begründung Armin Kaufmanns	54
(2)	Die Auffassung Maiwalds	55
(3)	Die Ansicht Hoyers	56
cc)	Stellungnahme	57
(1)	Verfassungsrechtliche Bindung der richterlichen Beweiswürdigungsfreiheit i.S.d § 261 StPO an einen objektiven Maßstab	57
(2)	Der objektive Maßstab: die naturwissenschaftliche Methodik	58
c)	Ermittlung der allgemeinen Anerkennung	61
aa)	Nachweis durch Experiment	61
bb)	Kein Nachweis durch Statistik	62
d)	Beschränkung des § 261 StPO allein für die generelle Kausalität	63
2.	Konkrete Kausalität	64
a)	Auswirkungen der Lehre von der gesetzmäßigen Bedingung	64
aa)	Hypothetische Kausalverläufe	64
bb)	Abbrechen einer Kausalreihe durch eine überholende Kausalreihe	64
cc)	Gleichwertigkeit mitwirkender Bedingungen	65

dd) Durch Dritt-oder Opferverhalten vermittelte Kausalität	65
ee) Kumulative Kausalität und alternative (bzw. Doppel-) Kausalität	66
b) Beweisanforderungen, Beweisschwierigkeiten und ihre prozessualen Folgen	66
in. Zusammenfassung	69
C. Objektive Zurechnung	71
I. Notwendigkeit einer Haftungsbeschränkung	71
1. Rechtsprechung und überkommene Lehre: Beschränkung bei Vorsatz und Fahrlässigkeit	71
2. Adäquanztheorie	73
3. Relevanztheorie	74
n. Die Lehre von der objektiven Zurechnung	75
1. Der allgemeine Zurechnungsgrundsatz	75
a) Rechtsnormen als Bestimmungsnonnen	75
b) Das "erlaubte Risiko"	76
c) Die allgemeine Zurechnungsformel	77
2. Die Bedeutung der einzelnen Fallgruppen für die Beurteilung der Dopinghandlungen	78
a) Risikoverringerung	78
b) Fehlen einer rechtlich mißbilligten Gefahr	78
c) Hypothetische Kausalverläufe	79
d) Rechtmäßiges Alternativverhalten	79
e) Fehlender Risikozusammenhang; das außerhalb des Schutzbereichs der verletzten Verhaltensnorm liegende Risiko	80
aa) Mitwirkung einer anomalen Konstitution	80
bb) Kumulative Kausalität	81
cc) Durch Drin-und Opferverhalten vermittelte Kausalität	82
IQ. Zusammenfassung und zum weiteren Gang der Untersuchung: Die eingehende Darstellung der für die Abgrenzung der Verantwortungsbereiche von Täter, Sportler und Dritten bedeutsamen Zurechnungskriterien im Rahmen des Fahrlässigkeitsdelikts	83
D. Fahrlässigkeit (§§ 222,230 StGB) und objektive Zurechnung in Fällen zu berücksichtigenden Dritt- bzw. Opferverhaltens	84
1. Fahrlässigkeit ⁸⁴	
1. Strukturelle Vorfragen der Fahrlässigkeit	84

a)	Fahrlässigkeit als Element des Unrechtstatbestandes	85
b)	Unrechtsbegründende Merkmale der Fahrlässigkeit	85
aa)	Fahrlässigkeit als Erkennbarkeit der Tatbestandsverwirklichung	86
bb)	Der Maßstab des Fahrlässigkeitsunrechts	88
(1)	Die generalisierende herrschende Lehre	88
(2)	Die individualisierende Lehre	89
(3)	Stellungnahme	89
(4)	Die besondere Bedeutung des individuellen Maßstabes in den Dopingfällen	91
c)	Ergebnis	92
2.	Erkennbarkeit und erlaubtes Risiko in den Dopingfällen	92
a)	Abstrakte Gefährdungsverbote als Beweisanzeichen für die Erkennbarkeit und als Konkretisierung des erlaubten Risikos	92
b)	Erkennbarkeit und erlaubtes Risiko für den Arzt	93
c)	Erkennbarkeit und erlaubtes Risiko für Personen ohne ärztliche Approbation	94
aa)	Wamfunktion des verbandsrechtlichen Dopingverbots	94
bb)	Wamfunktion der Verschreibungspflichtigkeit	95
cc)	Ermittlung der nicht durch Sondervorschriften indizierten Vorhersehbarkeit	96
3.	Zusammenfassung	97
H.	Objektive Zurechnung in Fällen zu berücksichtigenden Dritt- bzw. Opfer-verhaltens	97
1.	Objektive Zurechnung bei hypothetischen Ersatzhandlungen des Sportlers oder Dritter	97
a)	Die Rechtsprechung	98
b)	Die herrschende Meinung: Keine Berücksichtigung von Ersatzhandlungen eines anderen	99
c)	Die Minderheitenansicht: Beachtlichkeit von Reservehandlungen	100
aa)	Die Auffassung Arthur Kaufmanns	100
bb)	Die Ansicht Samsons	101
d)	Stellungnahme	102
e)	Ergebnis	102
I 2.	Objektive Zurechnung bei Förderung der (Vorsatz-) Tat eines Dritten durch das Verschaffen der Dopingmittel	103
a)	Die Regreßverbotslehre	104
b)	Die Rechtsprechung	105
c)	Das erlaubte Risiko	106
aa)	Der Vertrauensgrundsatz	106
bb)	Grenzen des erlaubten Risikos	106
cc)	Ergebnis	108

3.	Objektive Zurechnung bei Förderung einer fremden Selbstgefährdung	109
a)	Straflosigkeit der Teilnahme an einer eigenverantwortlichen Selbstgefährdung	HO
b)	Abgrenzung der Teilnahme an einer Selbstgefährdung von der einverständlichen Fremdgefährdung	112
aa)	Das Kriterium der "Tatbeherrschung"	113
bb)	Das psychologische Kriterium	114
cc)	Stellungnahme	115
dd)	Ergebnis	115
c)	Strafbare "mittelbare" Täterschaft	116
aa)	Maßstab der Frei Verantwortlichkeit	117
bb)	Einsichts-und Urteilsfähigkeit	119
(1)	Geistige Beeinträchtigungen	119
(2)	Altersreife	120
(a)	"Verstandesmäßiges Bewältigen"	122
(b)	"Willensmäßiges Beherrschen"	123
(3)	Ergebnis	125
cc)	Äußerer Zwang	125
dd)	Irrtum	126
(1)	Motivirrtum	126
(2)	Risikoirrtum	127
(a)	Begründung auch der Fahrlässigkeitstäterschaft nach den Kriterien der (vorsätzlichen) mittelbaren Täterschaft: Bessere Risikoerkenntnis kraft überlegenen Sachwissens	130
(aa)	Der Sportler hält sein Handeln für ungefährlich, der Mitwirkende weiß um ein Gesundheitsrisiko	131
(bb)	Der Sportler macht sich unzureichende Vorstellungen von der Gefährlichkeit, der Mitwirkende überblickt das Risiko kraft eines (wesentlich) überlegenen Sachwissens besser	131
(cc)	Der Sportler macht sich realistische Vorstellungen von der Gefährlichkeit, der Beteiligte verfügt über zusätzliche Erfahrungen und Fachkenntnisse	132
(b)	Bejahung einer Fahrlässigkeitstäterschaft aus weiteren Gründen	133
(aa)	Das Problem: Fraglichkeit der Kriterien zur Begründung einer Fahrlässigkeitstäterschaft, soweit der Beteiligte das Risiko nicht (beweisbar) kraft überlegenen Sachwissens besser überblickt hat als der irrende Sportler	133
(bb)	Lösung vor dem Hintergrund der unterschiedlichen dogmatischen Konzeptionen zur Begründung und Begrenzung des Selbstgefährdungsgedankens	135
((1))	Haftungsausschluß	136
((2))	Haftungsbegründung nach eigenständigen Täterschaftskriterien	137
((3))	Die Rechtsprechung	138

((4))Haftungsbegründung vor dem "materialen" Hintergrund eines "Verantwortungsprinzips"	139
((5)) Stellungnahme	142
(c) Ergebnis zum Risikointum	143
ee) "In dubio pro reo" bei Zweifeln über die Freiverantwortlichkeit	144
d) Zusammenfassung zur objektiven Zurechnung in Fällen der Selbstgefährdungsteilnahme	144
E. Vorsatz (§§ 212,223 StGB) und objektive Zurechnung in Fällen zu berücksichtigenden Dritt- bzw. Opferverhaltens	146
I. Vorsatz	146
1. Begriffsbestimmung	146
2. Erscheinungsformen des Vorsatzes; Abgrenzung zur (bewußten) Fahrlässigkeit	147
a) Absicht (dolus directus 1. Grades)	147
b) Direkter Vorsatz (dolus directus 2. Grades)	148
c) Eventual Vorsatz (bedingter Vorsatz, dolus eventualis)	148
aa) Inhaltsbestimmung ohne voluntatives Vorsatzelement	148
(1) Wahrscheinlichkeitstheorie	148
(2) Möglichkeitstheorie	149
(3) Die Theorie des nicht betätigten Vermeidewillens	149
(4) Theorie der "unabgeschirmten" Gefahr	149
bb) Inhaltsbestimmung anhand sowohl eines intellektuellen als auch eines voluntativen Elements	150
(1) Die Einwilligung«- oder Billigungstheorie sowie die Gleichgültigkeitstheorie	150
(2) Ernstnahme-Theorie	151
(3) Die Rechtsprechung	151
cc) Nachweis des Eventualvorsatzes	151
3. Vorsatz als entscheidende Voraussetzung einer Versuchsstrafbarkeit	153
4. Zusammenfassung	154
H. Objektive Zurechnung: (Keine) Besonderheiten gegenüber dem Fahrlässigkeitsdelikt	155
1. Hypothetische Ersatzhandlungen des Sportlers oder Dritter	155
2. Fördern der Tat eines Dritten durch Verschaffen der Dopingmittel	156
3. Fördern einer fremden Selbstgefährdung	156
F. Beschützergarant und objektive Zurechnung in den Fällen des aktiven Förderns sowie des Nicht-Hinderns einer Selbstgefährdung	157

I.	Beschützergarant	157
II.	Aktive Förderung der Selbstgefährdung durch den Garanten	158
III.	Unterlassen der Hinderung einer Selbstgefährdung	160
G.	Einwilligung	161
I.	Allgemeine Wirksamkeitsvoraussetzungen	161
1.	Verfüugungsmacht	161
2.	Einwilligungsfähigkeit; Stellvertretung	161
3.	Freiheit von Willensmängeln; Aufklärung	163
4.	Erklärung vor der Tat	164
5.	Kenntnis des Täters von der Einwilligung	164
II.	Einwilligung in die vorsätzliche Schädigung	164
1.	Unwirksamkeit der Einwilligung in eine vorsätzliche Tötung	164
2.	Strafbare vorsätzliche Körperverletzung, weil die Doping-Tat trotz der Einwilligung gegen die guten Sitten verstößt (§ 226 a StGB)?	164
a)	Sittenwidrigkeit entsprechend dem "AnstandsgefUhl aller billig und gerecht Denkenden"	165
aa)	Sitten Widrigkeitsurteil nach dem Tatzweck	165
(1)	Sittenwidrigkeit auf Grund des Dopingzwecks?	166
(2)	Keine Sittenwidrigkeit wegen Tolerierung von Leistungsmanipulationen durch die (Leistungs-) Gesellschaft	166
bb)	Berücksichtigung des Gewichts des Rechtsgutsangriffs	167
b)	Sittenwidrigkeit als objektivierbare bzw. sich aus der Rechtsordnung ergebende Mißbilligung	168
c)	Stellungnahme	169
HL	Einwilligung in die Fahrlässigkeitstat	172
1.	Anwendbarkeit der Einwilligungsregeln in den Fällen der "einverständ-lichen Fremdgefährdung"	172
2.	Umfang der Einwilligungsbefugnis	175
a)	Beschränkung nach dem Rechtsgedanken des §216 StGB?	175
b)	Generelle Beschränkung nach § 226 a StGB?	177
IV.	Zusammenfassung	180

2. Abschnitt: Qualifizierungen der Grundtatbestände (§§ 212,223 StGB) und weitere Schutzvorschriften des allgemeinen Strafrechts	182
A. Mord, §211 StGB	182
B. Die qualifizierten Körperverletzungstatbestände	183
I. Gefährliche Körperverletzung, § 223 a StGB	183
II. Mißhandlung von Schutzbefohlenen, § 223 b StGB	187
III. Schwere Körperverletzung, § 224 StGB	188
1. Die schweren Folgen i.S.d. § 224 StGB	188
a) Verlust eines wichtigen Gliedes	188
b) Verlust der Zeugungsfähigkeit	189
c) Dauernde Entstellung	189
d) Siechtum	190
2. Schwere Körperschäden als "Folge" der einfachen Körperverletzung	190
3. Wenigstens fahrlässige Herbeiführung der schweren Folge	190
4. Versuch	191
IV. Beabsichtigte schwere Körperverletzung, § 225 StGB	191
V. Körperverletzung mit Todesfolge, § 226 StGB	191
1. Todesverursachung durch die Körperverletzung	191
a) Der Kausalzusammenhang in den Dopingfällen	191
b) Realisierung einer spezifischen Gefahr	192
aa) Das Unmittelbarkeitserfordernis der Rspr. und h.M.	193
bb) Das Kriterium der Minderheitenansicht: Gesteigertes Gefahrenpotential der Handlung	194
2. Fahrlässigkeit bezüglich des Todeserfolges	195
3. Versuch	195
C. Die Gefährungsdelikte	195
I. Vergiftung, § 229 StGB	195
n. Verletzung der Fürsorge- und Erziehungspflicht, § 170 d StGB	196
D. Zusammenfassung	198

3. Abschnitt: Vorschriften des Betäubungsmittel- sowie des Arzneimittel- gesetzes	198
A. Betäubungsmittelgesetz	198
B. Arzneimittelgesetz	199
3. Teil: Ergänzungsbedürftigkeit des bestehenden Strafrechtsschutzes?	204
A. Unzulänglichkeit des bestehenden Strafrechtsschutzes	204
B. Überlegungen zur Ergänzung des bestehenden Strafrechtsschutzes	206
I. Praktisches Bedürfnis nach einer Ergänzung	206
H. Möglichkeiten für ergänzende staatliche Maßnahmen	208
1. Maßnahmen außerhalb einer Strafgesetzgebung	209
2. Erweiterung des Strafrechtsschutzes	210
a) Anti-Doping-Tatbestand	211
aa) Beschneidung der Autonomie des Sports	212
bb) "Ungleichbehandlung" der Sportler	214
cc) Ungleichbehandlung" der Betreuer	215
b) Verbot einzelner Substanzen, insbesondere der anabolen Steroide	216
Schlußwort	219
Anhang 1: Verbotene Dopingmittel, ihre Verwendung und Gesundheitsrisiken	220
A. Verbotene Wirkstoffgruppen	221
I. Stimulantien	221
1. Verwendung	221
2. Gesundheitsrisiko	221
n. Narkotika	222
1. Verwendung	222
2. Gesundheitsrisiko	222
m. Anabole Steroide	222

1. Verwendung	222
2. Gesundheitsrisiko	223
IV. Betablocker	224
1. Verwendung	224
2. Gesundheitsrisiko	224
V. Diuretika	225
1. Verwendung	225
2. Gesundheitsrisiko	225
VI. Peptidhormone und Analoga	225
1. Gonadotropine, HCG (Humanes Choriongonadotropin)	225
2. Corticotropin	226
3. Wachstumshormon (HGH)	226
a) Verwendung	226
b) Gesundheitsrisiko	226
4. Erythropoietin (EPO)	226
a) Verwendung	226
b) Gesundheitsrisiken	227
B. Verbotene Methoden	227
I. Blutdoping	227
1. Verwendung	227
2. Gesundheitsrisiko	227
H. Pharmakologische, chemische und physikalische Manipulationen einer Urinprobe	227
C. Mit Einschränkungen zugelassene Wirkstoffe	228
I. Alkohol	228
1. Verwendung	228
2. Gesundheitsrisiko	228

n. Marihuana	228
III. Lokalanästhetika	228
IV. Corticosteroide	228
1. Verwendung	228
2. Gesundheitsrisiko	229
Anhang 2: Substitution	230
Literaturverzeichnis	231